

Luzerner Zeitung



Schlagerfan

Sportmoderator Sascha Ruefer
liebt auch Schlager – und lebt
das am «Heitere» aus. 23

Montag, 22. Juli 2019

AZ 6002 Luzern | Nr. 167 | Fr. 3.50 | € 4.- luzernerzeitung.ch

Tierschützer schlagen Alarm

Die Tierschutzorganisation Network for Animal Protection fordert eine Kastrationspflicht für Katzen.

Matthias Stadler

«In der ganzen Schweiz herrscht ein immenses Katzenelend, auch in der Zentralschweiz.» Dies sagen Verantwortliche der Tierschutzorganisation Network for Animal Protection (Netap). Die Lage verschlechtere sich dramatisch. Das Problem sei die fehlende Kastrationspflicht. «Wir sehen uns regelmässig mit Überpopulationen konfrontiert», sagt Susann Schmid, bei Netap zuständig für die Zentralschweiz, gegenüber unserer Zeitung.

Sie schätzt, dass es in der Schweiz zwischen 100 000 und 300 000 herrenlose Katzen gibt. Dazu kommen rund 1,6 Millionen Katzen mit Halter. Laut der Zürcher Nationalrätin Doris Fiala werden rund 100 000 Katzen pro Jahr meist «unsachgemäss beziehungsweise auf tierquälere Weise getötet». Sie fordert in einer Motion eine Kastrationspflicht für Freigängerkatzen – wie Netap. Eine Petition dazu haben über 115 000 Personen unterschrieben.

Bundesrat befürchtet «erheblichen Aufwand»

Der Bundesrat ist dagegen. Eine Verpflichtung auf Bundesebene würde die Situation der streunenden Katzen nicht unbedingt verbessern. Ausserdem wäre dies mit einem «erheblichen Aufwand» verbunden. Zudem ist der Bundesrat der Ansicht, die Kantone seien zuständig. Als nächstes befindet der Nationalrat über die Motion. Weiter ist die Petition: Diese wurde vom Nationalrat bereits behandelt – ihr wird nicht gefolgt. Nun befindet der Ständerat darüber.

Kommentar 5. Spalte

19



Tina Fluder vom Tierheim an der Ron in Root betreut derzeit viele Katzen.

Bild: Corinne Glanzmann, 17. Juli 2019

Kommentar

Deutsche Städte machen es vor

Die Tierschutzorganisation Network for Animal Protection (Netap) schlägt Alarm. Katzen in der Schweiz würden schlecht behandelt, sie seien zur Wegwerfware geworden. Die Ursache ist, dass es in der Schweiz keine Kastrationspflicht für Katzen gibt. So vermehren sich die Tiere rasant. Der Organisation sind Fälle bekannt, wo Halter Dutzende Katzen in ihrem Zuhause halten.

Netap benennt das Problem nicht nur, sondern führt – wie andere Tierschutzorganisationen auch – immer wieder Kastrationstage durch. Das ist allerdings ein Tropfen auf den heissen Stein. Denn in der Schweiz gibt es zwischen 100 000 und 300 000 herrenlose Katzen, hinzu kommen rund 1,6 Millionen Katzen mit Halter. Deswegen fordert die Organisation seit längerem eine Kastrationspflicht für Freigängerkatzen. Für dieses Anliegen hat sie 115 000 Unterschriften – das entspricht einer Initiativesammlung – für eine Petition gesammelt und diese in Bern eingereicht.

Doch das Problem scheint den Bundespolitikern nicht gross genug zu sein – der Nationalrat ist der Petition nicht gefolgt. Auch der Bundesrat will keine Kastrationspflicht. Dabei zeigen Erfahrungen aus Deutschland, dass eine solche Pflicht durchaus erfolgversprechend sein kann. 700 deutsche Städte und Gemeinden machen es vor; die Erfahrungen sind positiv. Es wäre auch in der Schweiz einen Versuch wert. Die Kastrationspflicht setzt am Anfang des Problems an. Damit könnte viel Leid verhindert werden.

Kiffer verärgern Allmend-Bewohner

Luzern Bei den Bewohnern der Allmend-Hochhäuser herrscht aktuell dicke Luft: Grund dafür sind kiffende Mieter. Diverse Bewohner störten sich ab dem Rauch, der in andere Wohnungen zieht und somit etwa das Schlafen bei offenem Fenster verunmögliche.

Mittlerweile hat sich die Vermieterin Wincasa eingeschaltet und erinnert die kiffenden Mieter an die Sorgfaltspflicht, die in diesem Fall grob verletzt worden sei und gar zu einer Kündigung der Wohnung führen könne.

Beim Mieterverband Luzern häufen sich derweil mietrechtliche Anfragen wegen Rauchens, darunter auch Cannabis-spezifische. Er empfiehlt den Involvierten, einen Kompromiss zu finden. (hor/mod) 20

Ambulante Pflege gerät zunehmend unter Druck

Obwohl in der Pflege seit Januar 2019 der Grundsatz «ambulant vor stationär» gilt, hat der Bund die Spitex-Beiträge gesenkt.

Gesundheitskosten Immer mehr Menschen in der Schweiz sind auf ambulante Pflege angewiesen. Wurden im Jahr 2011 noch 250 000 Personen von Spitexorganisationen betreut, so waren es 2017 bereits 350 000 Personen.

Verantwortlich dafür ist unter anderem der Grundsatz «ambulant vor stationär». Auch sollen betagte Personen den Heimeintritt dank ambulanter Pflege möglichst lange aufschieben können – das kostet Krankenkassen und Staat weniger. Doch die Spitexorganisationen, die dabei eine zentrale Rolle spielen, haben zunehmend Mühe, genügend

Personal zu finden. Vor allem höher qualifiziertes Pflegefachpersonal wird in der Schweiz zu wenig ausgebildet.

Zusätzlich gerät die ambulante Pflege nun auch finanziell unter Druck: Vor der Sommerpause hat der Bundesrat entschieden, die Krankenversicherungsbeiträge an die Spitex per Anfang 2020 um 3,6 Prozent zu kürzen. Spitex Schweiz nennt den Entscheid «inakzeptabel» und betont, dieser torpediere den Grundsatz «ambulant vor stationär». Der Bund nehme damit eine Schwächung der ambulanten Pflege in Kauf. (mb/bhi.) Kommentar S.2 4

Trotz Negativzins: Wie man richtig Geld anlegt

Sparen Die Ratlosigkeit ist gross: Wie soll man sich als Anleger verhalten, wenn die Nationalbank den Leitzins noch weiter ins Minus drückt? Aktuell bevorzugen viele Schweizerinnen und Schweizer Bargeld, wie eine repräsentative Umfrage zeigt – sei es auf dem Bankkonto oder bei sich zu Hause. Daneben steckt oft noch ein kleinerer Teil des Geldes in einem Säule-3a-Konto sowie in Aktien oder Anlagefonds. Doch damit ist der Frust vorprogrammiert. Denn gerade Geld auf einem Sparkonto führt im Moment statt zu Zinsgewinnen zu einem Realverlust. Auch Aktienanlagen haben offensichtliche Nachteile. Wir stellen deshalb fünf Grundregeln vor, die Anlegern helfen, sich vor der Negativzinsfalle zu retten. (chm) 3



Matthias Stadler
matthias.stadler@
luzernerzeitung.ch

Bauarbeiten im Stadthaus gestoppt

Kriens Der Stadtrat hat beschlossen, im Stadthaus sowie im Stadion Kleinfeld vorerst keine Arbeiten mehr auszuführen. Dies deshalb, weil der Einwohnerrat die Zusatzkredite für die beiden Bauten abgelehnt hatte. Ausnahme ist die Kühlung des IT-Raums im Stadthaus, weil sonst die Geräte beschädigt würden. (std) 21